

# SPD bemängelt Gentechnik-Plan

Agrarminister Seehofer legt Eckpunkte vor / Koalitionspartner fordert besseren Schutz für Bauern

**Das künftige Gentechnikrecht bleibt innerhalb der Koalition umstritten. Jüngste Vorschläge von Agrarminister Horst Seehofer stoßen bei der SPD auf Lob und Tadel. Umweltverbände üben scharfe Kritik.**  
BERLIN · Als „fairen Ausgleich der Interessen“ bewertete Seehofer am Mittwoch seine mit einiger Verspätung im Bundeskabinett vorgelegten Eckpunkte zur Novellierung des Gentechnikrechts. Oberstes Ziel bleibe der Schutz von Mensch und Umwelt, versprach der CSU-Politiker.

Der Vorstoß soll klarere Anwendungsregeln für die grüne Gentechnik schaffen. Seehofer, der für sich in Anspruch nimmt, bei dem sensiblen Thema dazu gelernt zu haben, verweist auf die verbreitete Ablehnung von Gen-Lebensmitteln, die auch nur geringe Absatzchancen hätten. Im Forschungsbereich böten sich hingegen interessante Perspektiven, gibt er zu bedenken.

## Streit über Sicherheitsabstand

Inhaltlich weicht der mittlerweile kabinettintern abgestimmte Entwurf nur wenig von früheren Papieren Seehofers ab. So wird ein Mindestabstand von 150 Metern zwischen biologisch oder konventionell bewirtschafteten Äckern und Gen-Anbauflächen für „angemessen“ erachtet. Damit ist das Landwirtschaftsministerium zwar restriktiver als das CDU-geführte Forschungsressort, das eine 50-Meter-Distanz für ausreichend

hält. Der Koalitionspartner SPD macht aber weiter Druck. „Mit uns wird es keine Regelung geben, die deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von etwa 200 Metern bleibt“, kündigte Fraktions-Vize Ulrich Kelber in der *Frankfurter Rundschau* an.

Zwar erkennt Kelber an, dass Seehofers Vorschlag etwa beim Haftungsrecht Fortschritte bringe. Aber es bleibe zu klären, „wie wir unsere gentechnikfreien Landwirte davor bewahren, dass sie nicht mehr konkurrenzfähig sind“. Als offen bezeichnet Kelber, wer für die Kosten aufkommen soll, die bei nicht beabsichtigten Auskreuzungen von Gen-Forschungsflächen entstehen könnten. Noch ungelöst sieht die SPD etwa die Frage der Entschädigung für Bauern, die künftig auf Druck von Abnehmern aufwendige Tests finanzieren müssten, um nachzuweisen, dass ihre Produkte gentechnikfrei sind.

Unzufrieden ist Kelber auch mit den geplanten „Transparenzregeln“. Aus Sorge vor Zerstörungsaktionen plädiert Seehofer dafür, nur Nachbarn von Gen-Anbauflächen „aktiv zu benachrichtigen“ und die Informationen in öffentlichen Standortregistern restriktiv zu halten.

Bei Umwelt- und Landbauorganisationen stößt der Vorschlag auf scharfe Kritik: Sie warnen vor einer flächendeckenden Kontamination der Ernte mit gentechnisch veränderten Organismen und zeigen sich enttäuscht, dass Gegenforderungen der SPD

nicht berücksichtigt worden seien. Greenpeace nannte den Entwurf „windelweich“. Bioland-Präsident Thomas Dosch kritisierte, dass „zentrale Problemstellungen zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelherzeugung vollkommen ausgeblendet“ worden seien. Der Vorsitzende des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Felix Prinz zu Löwenstein, sieht in dem Regierungspapier gar eine „Lizenz zum Verschmutzen“. Die Gentechnikexpertin des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Heike Moldenhauer, warnte vor unverkäuflichen Ernten. Weil die Kontamination von Feldfrüchten erst oberhalb von 0,9 Prozent Anteilen transgener Organismen entschädigungspflichtig werde, blieben „die Bauern auf dem Schaden sitzen“, weil sie etwa aufwändig angebautes Öko-Getreide nicht mehr als Bio-Ware vermarkten könnten. Moldenhauer monierte, dass Forschungsinstitute mit dieser Vorlage einen Freibrief zur großflächigen gentechnischen Verunreinigung bekämen.

Die Grünen-Fraktionschefin Renate Künast rügte in der *FR*, Seehofer „verkaufe Verbraucherschutz und Landwirtschaft an die Forschungslobby“. Wie Österreich müsse auch Deutschland „gentechnikfrei“ werden, forderte die Ex-Agrarministerin.

MICHAEL BERGIUS/STEPHAN BÖRNECKE

## DIE HAFTUNG

■ **Im Prinzip** und muss ein Gen-Bauer dafür haften, wenn die Ernte seines Nachbarn gentechnisch verunreinigt wird.

■ **Ein Schaden** entsteht laut Agrarminister Seehofer aber erst, wenn die Ernte mit mehr als 0,9 Prozent transgener Partikel behaftet ist. Die SPD hatte Entschädigungen deutlich unterhalb dieses Wertes verlangt.

■ **Die Lebensmittelverarbeiter** sichern sich heute mit einer möglichst geringen Verunreinigung gegen zufällige Anhäufungen innerhalb ihrer Produktchargen ab. Enthält das Produkte mehr 0,9 Prozent transgener Anteile, muss das auf der Packung deklariert werden. -KE